

GÜNTER WIRTH

Hans Peters – ein Berliner Politiker

Offensichtlich ist seit Mitte der neunziger Jahre erst zögerlich und womöglich mehr subkutan, seit Ende der neunziger Jahre deutlicher und konturierter, seit einigen Monaten geradezu dramatisch Bewegung in das Parteiensystem der Bundesrepublik gekommen. Die 1990 wiederholt vom letzten Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière, vorgetragene Auffassung, die neuen Bundesländer würden Deutschland östlicher und protestantischer machen, hat sich freilich nur hinsichtlich der zuerst genannten Komponente bestätigt, überdies in einem anderen als in dem von dem CDU-Politiker intendierten Sinn.

Da in letzter Zeit mit Blick auf die Situation der Hauptstadt der Berliner Republik und auf die unverkennbare Aufwertung der PDS – von wem auch immer – oft genug die These verbreitet worden ist (sie allerdings von Ideologen und Apologeten dieses Prozesses), daß damit endlich Normalität einkehre, der Kalte Krieg endgültig überwunden und die deutsche Einheit erst recht eigentlich manifest werde, würde es sich schon lohnen, einmal einen Blick auf Überlegungen zu werfen, die zu unserer Problematik vor 55 Jahren angestellt worden sind. Vor 55 Jahren – das heißt in einer Konstellation, die zwar nicht völlige Normalität auszeichnen konnte, aus der indes nicht genau abzulesen war, ob die unverkennbaren Züge des Unnormalen *noch* mit denen (dann sozusagen normalen) der Auswirkungen des Krieges, der Kapitulation, der Debellatio, der Besatzung zu tun hatten oder *schon* mit den Genen des Kalten Krieges, der Spaltung der One World, die früh schmerzhaft und mehr als symbolisch in der Vier-Sektoren-Stadt realisiert werden mußte.

»Berlin, den 5. September 1946« ist das Vorwort eines Buchs, einer Streitschrift zur kulturellen Neuorientierung in Deutschland, datiert, das den Titel »Zwischen Gestern und Morgen« erhielt und alsbald im Springer-Verlag, dem renommierten Berliner wissenschaftlichen Verlag, erschien und Hans Peters zum Verfasser hatte.

Von diesem Autor, der heute wohl nur noch im Umfeld seiner wissenschaftlichen Disziplin, des Öffentlichen Rechts, und der zeitweilig von ihm präsierten Görres-Gesellschaft der katholischen Intellektuellen bekannt ist, ließe sich in der Rückschau allerdings mit Nachdruck feststellen, daß er gleichermaßen durch intellektuelle Kompetenz wie durch integre Haltung zu einer Schrift prädestiniert war, für die er an hervorgehobener Stelle den Satz, geradezu die Losung formuliert hatte: »Weg über die Einheit der Kultur zum Europäertum und Rückkehr Deutschlands in die Völkerfamilie«.

Hans Peters war am 5. September 1896 in Berlin geboren, seine Schrift also an seinem 50. Geburtstag abgeschlossen worden. Er hatte

Günter Wirth – Jg. 1929, Publizist.
1973-1990 Chefredakteur beziehungsweise Herausgeber der evangelischen Monatszeitschrift STANDPUNKT; 1985-1993 Honorarprofessor für Neue und Neuere Kirchengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; bis September 1990 Leiter der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe des Vorsitzenden der DDR-CDU, Lothar de Maizière.
Zuletzt in UTOPIE kreativ, Heft 132 (Oktober 2001): Martin Luther King. Erinnerungen und Reflexionen.

Jura in Münster, Wien und Berlin studiert, war von 1923 bis Anfang 1933 im preußischen Kultus- und Innenministerium tätig und wurde 1928 als außerordentlicher Professor an die Friedrich-Wilhelms-Universität in Breslau berufen, an der er sich 1925 habilitiert hatte. 1933 auf der Liste des Zentrums in den preußischen Landtag gewählt, galt Peters als Nonkonformist, als der er 1940 den Vorsitz in der Görres-Gesellschaft übernahm – ein Amt, das er (wie 1933 sein Landtagsmandat) nur kurzzeitig ausüben konnte, da die Gesellschaft alsbald verboten wurde. Getreu seiner integren antinazistischen Haltung gehörte Peters zum Kreisauer Kreis des Grafen Moltke, und aus dem Tagebuch von Ruth Andreas-Friedrich, »Der Schattenmann«, wissen wir, daß Dr. Hinrichs, wie Peters – im Zweiten Weltkrieg Offizier in einem Luftwaffenstab – dort genannt wird, eine Berliner Widerstandsgruppe unterstützte und verfolgten Juden half.

1946 wurde Hans Peters, der 1945 die CDU in Hamburg mitbegründet hatte, als ordentlicher Professor an die Berliner Universität berufen. Ebenfalls 1946 wurde er in die Berliner Stadtverordnetenversammlung, in die noch *Gesamtberliner*, gewählt, und er wurde dort im November 1946 (zusammen mit dem später zur Sozialdemokratie übergetretenen Professor Kurt Landsberg) Vorsitzender der CDU-Fraktion.

Dieses Amt hatte damals nicht nur erhebliches politisches, sondern auch intellektuelles Gewicht, wenn man berücksichtigt, daß dieser Fraktion Persönlichkeiten angehörten wie Joachim Tiburtius, der als seinerzeitiger Leipziger Universitätsprofessor gerade mit einer Schrift über »Christliche Wirtschaftsordnung« im Verlag der Ostberliner »Neuen Zeit« hervortrat, und die (auch als Autorin) bekannte Schauspielerin Hilde Körber, und mit Ferdinand Friedensburg war ein CDU-Bürgermeister am Wirken, der seinerseits als brillanter Intellektueller auch jenseits seiner politischen Funktionen und Fachwissenschaft galt (so auch als Verfasser eines frühen bedeutenden Buchs über die Weimarer Republik) und bis 1948 Brücken über die sich vertiefenden Gräben in der ehemaligen Reichshauptstadt zu schlagen wußte, dies auch mit Hilfe seiner Bekanntschaften als Vizepräsident des Kulturbundes.

Für seine politische Tätigkeit in seiner Heimatstadt, aus der vor allem die verantwortliche Mitarbeit bei der Ausarbeitung einer noch auf Gesamtberlin zielenden Verfassung herausragt, war Peters mit der eingangs erwähnten Schrift gut gerüstet, nicht zuletzt deshalb, weil sich in ihr klar- und weitsichtige geschichtsphilosophische und kulturpolitische Überlegungen ebenso fanden wie präzise Vorschläge des Verwaltungsjuristen für die praktische Umsetzung einer neuen Kultur- und Bildungspolitik unter den Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Hierbei konnte der Berliner Ordinarius und CDU-Politiker von Erwägungen ausgehen, die in seiner 1928 (auch bei Springer) veröffentlichten Arbeit über »Zentralisation und Dezentralisation« formuliert waren. Übrigens folgte dem Buch von 1946 sehr bald ein politischer Traktat über den deutschen Föderalismus. (Auf seine fachwissenschaftlichen Veröffentlichungen, u. a. sein Lehrbuch der Verwaltung, und rechts-historische Untersuchungen kann hier nicht eingegangen werden.)

Um es nur mit einigen Strichen anzudeuten, ist die Konzeption der Kultur, ist das Bildungsideal für Peters in seiner Schrift nicht »eine abstrakte Verstandeskonstruktion« – es müsse sich vielmehr aus »unserer geistigen Heimat, aus der deutschen Vergangenheit entwickeln lassen«.

Wenn er dieses Bildungsideal dann formelhaft als »abendländisches« bezeichnete, so war damit in der inhaltlichen Begründung mehr gemeint, als man gemeinhin damals mit diesem Begriff verband:

»... Sein Inhalt beruht auf den hauptsächlichsten geistigen Strömungen der letzten 2000 Jahre und findet im wesentlichen seinen Niederschlag in fünf Grundfaktoren: Antike und Humanismus, Christentum, Rationalismus, Romantik und Technisierung des Lebens. Die Synthese aus diesen fünf Geistesrichtungen, die dem Geistesleben des abendländischen, besonders des deutschen Menschen entscheidende Antriebe gegeben haben, gilt es zu finden. Man sage nicht, dies sei wegen ihrer inneren Verschiedenheit unmöglich. Spannungen sind es ja gerade, die schöpferisches Wirken anregen und entfalten. Auch der Einzelmensch lernt vieles und sammelt mancherlei Erfahrungen, die zunächst in sich widerspruchsvoll sind.«

Entscheidend für Peters ist, daß diese Synthese »von jedem der fünf Grundfaktoren her gewonnen« werden könne; freilich müßten die zunächst vernachlässigten beziehungsweise »zurückgestellten« je vier anderen nachträglich aufgenommen und berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang geht Peters 1945/46 aus der damals konkreten historischen und speziell aus der Berliner Situation heraus noch einen Schritt weiter, indem er auf die »einzigartige Gelegenheit« hinweist, hier »die Verbindung mit den Kräften des Ostens zu schaffen«.

Wir hatten ja schon festgehalten, daß für Ferdinand Friedensburg analoge Überlegungen und politische Strategien eine Rolle spielten, und man kann hinzufügen, daß auch andere Berliner Gelehrte und Intellektuelle, die aus bildungsbürgerlicher Tradition kamen, damals auf ähnlichen Wegen zu finden waren, etwa der (dann allerdings früh verstorbene) Osteuropahistoriker und frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Otto Hoetzsch, der Soziologe Alfred Vierkandt, die Philosophin und Leibniz-Forscherin Liselotte Richter, der protestantische Publizist Erich Müller-Gangloff, um nur sie zu nennen.

Von seinen grundsätzlichen Erwägungen aus nahm Hans Peters zu allen entscheidenden kultur- und wissenschaftspolitischen Problemen Stellung – in der Hoffnung, daß in der noch offenen Situation manches von dem, was er vorschlug, realisiert werden könne. Der Universitätsreform, der Reform des höheren Schulwesens, den Künsten, dem öffentlichen Vortragswesen und der Stellung der Kirche in der Gesellschaft sind ebenso große Abschnitte gewidmet wie dem Verhältnis von Recht und Moral und dem, was er »Staatsethik« nannte, und wenn er theoretische Gesichtspunkte hierzu entwickelte, dann sofort auch sehr konkrete zu denen, die nach seiner Meinung insonderheit zu Staatsethik verpflichtet wären, nämlich zu den Beamten. Für sie hatte er in einem Exkurs seines Buchs sogar ein präzise ausgearbeitetes thematisches Programm für eine mehrwöchige Fortbildung vorgelegt. Nicht zuletzt gibt es einen Abschnitt dieses Buchs (es ist der abschließende) mit der höchst aktuellen Überschrift: »Staatssekretariat für Kulturangelegenheiten?« Das Fragezeichen ist allerdings rhetorisch, ging doch Peters von der Notwendigkeit einer derartigen zentralen Einrichtung aus unter Berücksichtigung der »Dezentralisation und Selbstverwaltung als Grundlage unseres kulturellen Lebens«.

Das vorletzte Kapitel des hier besprochenen Buchs ist nun aber dem gewidmet, worauf in besonderer Weise und aus sozusagen gegebener

Veranlassung hingewiesen werden sollte: »Parteibildung und Kultur«. Nach subtilen historischen Analysen und zeitgenössischen Bewertungen kam Peters zu dem Ergebnis, »daß das Parteiwesen sich eigentlich in vier Gruppen« – unter den deutschen Nachkriegsbedingungen – zusammenfassen ließe:

- »1. einer kollektivistisch-sozialistisch-(marxistisch-)materialistisch-revolutionären Gruppe,
2. einer personalistisch-solidarisch-christlich-evolutionären Gruppe,
3. einer individualistisch – liberal – kapitalistisch – fortschrittlichen Gruppe,
4. eine vierte, in einzelnen Teilen Deutschland problematisch gewordene, in anderen sehr starke Gruppe folgt aus unserer Parteigeschichte, weil die Radikalität der Gruppe zu 1. zu einer Gruppierung geführt hat, die gemäßigt erscheint und eine beachtliche Revision früherer Grundsätze vorgenommen hat; vielleicht entwickelt sich hier eine aus dem Rahmen dieses deutschen Systems fallende Labour-Party deutscher Art.

Somit ist die Existenzberechtigung für folgende vier, bisher in der Praxis in Erscheinung getretene, mit früheren Namen abgekürzte Parteien erwiesen, nämlich zu 1.: Kommunisten, zu 2.: Christliche, zu 3.: Liberale, zu 4.: Sozialdemokraten.« An dieser Stelle fügte Peters hinzu, daß im Osten Deutschlands die Unterschiede zwischen 1 und 4 als offenbar »nicht mehr so groß angesehen würden, so daß die SED entstanden sei. Und dann allerdings in der Verhaltenheit scharf formuliert und Kurt Schumacher beschwörend: »Wieweit das auch anderwärts in Betracht kommt, hängt von der selbständigen Haltung der Sozialdemokratie und der Beibehaltung ihres Terror, Radikalismus und Kirchenfeindlichkeit ablehnenden Programms ab.«

Auffällig an der Charakterisierung der vier Gruppen ist, daß Peters als Ordinarius an der Ostberliner Universität offenbar stark unter dem Eindruck der revolutionären Dynamik stand, die damals die erste Gruppe zu entfalten schien, obwohl schon beim Erscheinen des Buchs klar war, daß nach dem Ergebnis der Wahlen in Berlin im Oktober 1946 das eigentlich dynamische Element die vierte Gruppe geworden war. Allerdings hatte in diesen Wahlen auch die zweite Gruppe überraschenderweise die erste und die im Bürgertum als favorisiert geltende dritte überrunden können, was womöglich mit den von Peters genannten Leitlinien des Solidarismus und des Personalismus zusammenhing, also mit geistig-politischen Erscheinungen, die im katholischen Umfeld entstanden waren, aber über dieses hinaus wirkten: Solidarismus, theoretisch geprägt von dem Jesuitenpater Heinrich Pesch und politisch adaptiert von Matthias Erzberger, Personalismus, theoretisch entfaltet von Emmanuel Mounier und politisch bewährt in der französischen Widerstandsbewegung.

Es ist nun aufschlußreich genug und über das zeitgeschichtlich Interessante hinaus der eigentliche Anlaß, auf das Buch und seine Erwägungen von 1946 zurückzukommen, daß wir uns im Berlin von heute in dieser Hinsicht fast wieder dem Berlin von 1946 nähern, sind doch – die Bündnisgrünen konnte ein Analytiker von 1946 natürlich noch nicht im Blickfeld haben – bei den Wahlen in Berlin im Oktober 2001 erstmalig diese vier Gruppen wieder so konturiert in Erscheinung getreten. Fast, mußte einschränkend festgehalten werden, da

klar ist, daß die 1946 porträtierten Gruppen heute nicht mehr dieselben sind, da sie – die einen so, die anderen so – einiges (um es im Understatement zu sagen, was etwa hinsichtlich der ersten Gruppe nicht so leicht fällt) hinter sich gebracht haben; es sind Mutierungen, Ableitungen dieser Gruppen, die einen mehr, die anderen weniger.

Letztlich sind es indes nicht diese differenzierenden Momente, die die damaligen Analysen des Staatsrechtlers und CDU-Politikers als eine jenseits des Anekdotischen relevante Modellierung des Parteiensystems erscheinen und sie uns gewissermaßen als Maßstab für die Bewertung heutiger Prozesse annehmen lassen. Es ist vielmehr der einleitend schon genannte und gegenwärtig immer wieder neu beschworene Umstand, daß aus der Berliner Krise im Frühjahr 2001 politische Konstellationen entstanden sind, die – über einige neue Bundesländer hinaus – das Parteiensystem in Berlin (und damit womöglich in der Berliner Republik überhaupt?) in Bewegung gebracht haben, also neben der Rückkehr der F.D.P. ins Berliner Abgeordnetenhaus vor allem die Aufwertung der PDS, die dies nicht allein als Aufwertung Ostberlins, sondern als die Herausformung eines normalen Gesamtberlin agitatorisch interpretiert.

Unabhängig davon, wie man zu diesen Konstellationen und ihren Interpretationen steht: Die seinerzeitigen Analysen von Hans Peters gewinnen gerade unter solchen Aspekten ihre eigentliche Pointe, war doch sein Wirken bis 1949 auf Gesamtberlin gerichtet, konnte er also nicht als jemand angesehen werden, der sich in die Gräben des Kalten Krieges gestürzt hätte. Ja, zur allgemeinen Überraschung versuchte er noch über die Berliner Brüche von 1948 (Währungsreform, Blockade, Sezession aus der Ostberliner Universität, Bildung des Ostberliner Magistrats, Westberliner Wahlen) Brücken zu bauen. Er blieb an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität, die inzwischen diesen Namen erhalten hatte, ging nicht den Weg mancher seiner Kollegen an die FU (wie etwa der Professor für Zivilrecht Günter Brandt, der 1946/47 erster Chefredakteur des Kulturbund-»Sonntag« gewesen war), konnte Unter den Linden 1949 allerdings auch noch die Lehrbeauftragten Dr. Harald Poelchau, mit ihm als »Kreisauer« verbunden, und Dr. Dr. Helmut Brandt, der unter dem Fraktionsvorsitzenden Peters CDU-Stadtverordneter gewesen war und der 1950 verhaftet wurde, begrüßen, um dann im Herbst 1949 eine Berufung nach Köln anzunehmen (im Vorlesungsverzeichnis der Humboldt-Universität noch einige Zeit als Gastprofessor ausgewiesen).

In Köln war Hans Peters, um dies abschließend nur anzudeuten, wieder in der Stadtpolitik für die CDU tätig (Ratsherr). 1949 wurde er neuerlich Präsident der von ihm wiederbegründeten Görres-Gesellschaft, und bis zu seinem Tod 1966 legte er zahlreiche weitere wissenschaftliche Veröffentlichungen vor. So setzte er in einer Interpretation des Grundgesetzes der Bundesrepublik den Akzent auf die Wertorientierung der Staatsgewalt und stellte, wie Paul Mikat hervorgehoben hat, heraus, daß öffentliche Gewalt »an das Wertsystem« gebunden sei, »das sich historisch als abendländische Kulturauffassung herausgebildet« habe. Es war das der Ansatz des Buchs von 1946 gewesen.

Übrigens: Die diesjährigen Berliner Wahlen finden fast auf den Tag 55 Jahre nach denen von 1946 statt.